

Konzept für Münnehagen: Grüne und Initiativen einig

fra MÜNNEHAGEN. Die Grünen, die Münnehäger Bürgerinitiativen und der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) fordern die schnellstmögliche Auskoffierung des Giftmülls auf der umstrittenen Deponie. Anschließend sollen die gefährlichen Stoffe langfristig sicher gelagert werden. In drei bis fünf Jahren, so rechneten die Beteiligten aus, könnte ihr Vorhaben verwirklicht sein. Sie befürchten jedoch, daß die Landesregierung eine Entscheidung auf die lange Bank schieben will.



Hans Mörninghoff (vorn) erläuterte der Presse das Sanierungskonzept der Grünen und der Bürgerinitiativen für Münnehagen. Foto: SZ/fra

Hans Mörninghoff, umweltpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion der Grünen, schilderte gestern bei einer Pressekonferenz in Münnehagen zunächst die Ausgangssituation. Auf der Deponie lagern zur Zeit 400 000 bis 500 000 Kubikmeter zum Teil hochbrisanter Giftmüll. „Es ist mittlerweile erwiesen, daß die Deponie wesentlich durchlässiger ist, als es bisher angenommen wurde“, erklärte er.

In einer Tiefe von 45 Metern sei der Boden so durchlässig wie Sand, dort wurden auch Kontaminationen festgestellt. Mörninghoff verwies außerdem auf das Urteil des Verwaltungsgerichts Hannover vom 5. Dezember. Darin wurde die Einlagerung des Giftmülls für illegal erklärt, die zuständigen Behörden sind verpflichtet, die Folgen so schnell wie möglich zu beseitigen.

Auf dieser Basis erarbeiten die Grünen, die Bürgerinitiativen und der BUND ein acht Punkte starkes Konzeptpapier. Erste Forderung ist die Auskoffierung des Mülls. Er soll anschließend langfristig sicher gelagert werden. Bei dieser Lagerung müßten sechs Kriterien erfüllt werden.

Es dürfe kein Niederschlags- und Grundwasser mit dem Müll in Kontakt kommen, Restfeuchtigkeit und Sickerwasser aus dem verseuchten Material müßten zurückgehalten werden. Auch Gase dürften nicht unkontrolliert entweichen. Die Lagerung müsse

langfristig sicher und das notwendige Bauwerk reparabel sein. Außerdem soll es möglich sein, den Müll zu einem späteren Zeitpunkt noch aufzuarbeiten.

Für die Erstellung des Sanierungsplans geben die Beteiligten den zuständigen Behörden eine Frist von zwölf Monaten. Danach müßte ein Planfeststellungsverfahren eingeleitet werden, das sich über ein bis zwei Jahre hinziehen könnte. Abschließend stände der Bau der neuen Anlage auf dem Programm — in drei bis fünf Jahren könnte das Projekt verwirklicht sein.

Die Unterzeichner des Konzeptpapiers stellten noch eine Reihe weiterer Forderungen: Beteiligung der regionalen Körperschaften und der Bürgerinitiativen, Sicherung und Sanierung der Deponieumgebung, besondere finanzielle Förderung der Region Münnehagen.

Außerdem dürfe die Anskoffierung nicht mit der Errichtung einer Hochtemperaturverbrennungsanlage gekoppelt werden: „Dadurch entstünden neue massive Umweltprobleme.“ Diese Forderung wollte Hans Elbers, Bürgermeister von Rehburg-Loccum, nicht mittragen: Er möchte sich die Möglichkeit der Verbrennung im Raum Münnehagen nicht verbauen.

Achter Punkt des Sanierungskatalogs ist der sofortige

Stop des Schlitzwand-Bauprogramms. Von dieser Maßnahme versprach sich die Landesregierung eine größere Sicherheit der Deponie: Betonwände sollen in den Boden eingelassen werden, ein Dach Schutz nach oben bieten. Das Programm halten Grüne, Bürgerinitiativen und BUND aber für völlig unzureichend, außerdem koste es viel Geld: 20 Millionen Mark sind schon verbraucht, mit weiteren 50 Millionen wird gerechnet.

Diese Summe könne viel sinnvoller in das jetzt vorgestellte Projekt investiert werden — denn das wird auch nicht ganz billig. Eine Kostenschätzung gibt es zwar nicht — zwei Milliarden Mark hielt Mörninghoff aber für realistisch. Die Frage des Standorts ist ebenfalls noch nicht beantwortet — der Raum Münnehagen komme aber dafür in Betracht.

Das Konzeptpapier wollen die Grünen am 23. Januar im Umweltausschuß des Landtags und anschließend als Antrag im Plenum einbringen. Sie befürchten jedoch, daß sich die Landesregierung querstellt: Ein Sprecher des Umweltministeriums gab zu erkennen, daß das Urteil des Verwaltungsgerichts angefochten werden soll. Mörninghoff dazu: „Das kann sich über viele Jahre hinziehen. Die Landesregierung will offenbar Zeit gewinnen.“